

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Mai und Juni für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 67 Pf., für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.
 Die Redaktion.

Zum 1. Mai.

Die von den Vorkämpfern der internationalen Revolution der Jahresfrist in Paris beschlossene Arbeiterkondemnation zum 1. Mai 1890 hat einen der mit ihr beabsichtigten Zwecke bis jetzt beinahe erfüllt, sofern sie sich als permanenter Gährungsreiz bewährt hat und namentlich bei den jüngeren, unversierten, eigener Einsicht und eigenen Urtheils entbehrenden Arbeiterelementen den Geist der Disziplin, der Auflehnung gegen alle rechtliche und sittliche Ordnung hat verstärken helfen. Niemand leugnet, am wenigsten die aufgegebenen Massen selbst, daß die zum 1. M. geplante internationale Arbeiterkondemnation ausschließlich agitatorischen Zwecken zu dienen bestimmt ist, und zwar in einer direkt herausfordernden, offensiven Gestalt! Niemand ist naiv genug, um zu glauben, daß der auflodende Ausdrucksgehalt benutzte achtstündige Arbeitszeit durch eine vom Zorne gebohrte Verleumdung der Arbeitgeber jemals erzwungen werden könnte. Wenn gleichwohl von Seiten der extremen Umsturzwirer alles aufzubringen wird, die Arbeiter am 1. Mai zum Feiern zu bewegen, so geschieht das aus einem Beweggrund, an welchem Haß und Furcht gleichen Antheil haben. Beide, sowohl der Haß, als die Furcht, gelten dem unter Vorantritt Deutschlands begonnenen Werke der sozialen Reformpolitik. Die Zeiten sind vorüber, da man dem vierten Stande die ersten in dieser Richtung unternommenen, bahnbrechenden Schritte der Hohenzollernpolitik als ein bloßes Wahlmanöver, als einen dilettantischen Versuch, als bloße Herrscherlaune hinführen mochte. Mittlerweile hat das emanzipatorische Programm der Krone seinen Weg in die öffentliche Meinung so schnell, so gründlich, so unaufhaltsam gemacht, daß an dem vollen Ernst und der positiven Lebens- und Leistungsfähigkeit der Aktion von Reich und Staat kein Zweifel mehr gestattet ist und die Sozialdemagogen sich mehr und mehr durch die Fortschritte der Sozialreform in die Enge getrieben sehen. Mit der überlebten Oberhand des Monarchismus vergangener Tage wären die Umsturzwirer ohne große Mühe fertig geworden: die rechtseitige Erkenntnis und Wahrung der am sozialen Horizont sich zusammenballenden Widerworte, der in Gestalt des sozialen Reformwerkes anstehende Prozeß allmählicher Ausgleichung der hochgeputzten feindlichen Gegensätze muß naturgemäß, wenn keine gewaltthätigen Störungen eintreten, schneller zur Herstellung des Gleichgewichts aller lebendigen Staats- und Volkskräfte führen, als die Umsturzwirer mit ihren Vorbereitungen zur Ermordung der „Ordnungsbefähigten“ fertig geworden sind.

Die Taktik der Umsturzwirer ergibt sich hiernach von selbst. Ihr nächstes Objekt ist und bleibt der allgemeine demonstrative Ausstand am 1. M. Als; wo den Forderungen des Reichs und des Staats ein Sieg über das Kapital mit vollen Kränzen ausposaunen und zur weiteren Stärkung des ohnehin angeschwollenen Uebermuthes der Massen bewegen. Wo die Unterdrückung des Staates und der Gesellschaft ihre Geltung bewahrt, wird man von den Arbeitern als den bejammernswürdigen Lohnsklaven des modernen Ausbeutungssystems sprechen und schreiben; in jedem Falle wird man aus den positiven und negativen Ergebnissen des 1. Mai neue Waffen wider den „gemeinsamen Feind“, d. i. die bestehende Weltordnung und Weltkultur, schmieden. Ein Vorkämpfer mit den finsternen Mächten der Rohheit, der Barbarei, der Unkultur und des Hasses ist weber möglich noch räthlich. Der einmal entbrannte Kampf muß ausgetragen werden, nicht durch den Abschluß eines faulen Friedens, sondern durch Eroberung und Schleifung der gegnerischen Positionen. Dazu gehört, bei aller Sympathie mit dem leidenden Grundbesitzer der kaiserlichen Reform-Politik, die entschlossene Zurückweisung aller Ueberhebung seitens der Sozialdemokratie, die aber nur möglich ist, wenn die Gemeinsamkeit der Arbeitgeber, ob groß oder klein, fest zusammensteht und keinen Fußbreit ihrer berechtigten Interessen preisgibt.

C. H. Berlin, 19. April.

Preussischer Landtag.

44. Sitzung vom 19. April.
 Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.
 Am Ministerische: von Götter und mehrere Kommissare.
 Tagesordnung: Fortsetzung der dritten Beratung des Staats (Kultusgesetz).
 Abg. v. Götter (Pole) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Sattler. Die Gegner kämpfen mit immer schwächeren Waffen und in ihren Reden dokumentieren sich ein großer Mangel an Argumenten. Wenn die Herren nur einmal einige Jahre in Posen Wohnung nehmen wollten, sie würden Vieles von dem zurücknehmen, was sie heute gegen die Polen aussprechen. 600,000 Kinder würden nicht in ihrer Muttersprache unterrichtet. Dr. Sattler müsse an Argumente sehr verlegen gewesen sein, wenn er schon mehrfach widerlegte Behauptungen von neuem aufstellt. Der Vorschlag, daß vor 300 Jahren die Bamberger sich polonisiert haben, solle gegenwärtig als Beweis gegen die Polen vorgebracht werden. Redner führt dem gegenüber an, daß in einigen rein polnischen Gegenden alle Sonntag deutscher Gottesdienst abgehalten würde. Millionen würden jährlich zur Förderung des deutschen Schulwesens verwendet und da sollte man doch mit den Angriffen gegen die Polen etwas zurückhalten.
 Abg. v. Götter (Däne): Der Herr Minister habe erklärt, er werde die Feste gegen die Polen, so lange er im Amte sei, nicht auf-

heben. Er (Redner) beziehe dies auch auf die Dänen. Es frage sich nur, wie lange der Herr Kultusminister noch im Amte sei. „Warte nur, warte nur, halbe findest auch Du Deine Friedrichsruh! (Große Heiterkeit).“ Der Abg. Bürgermeier vertrete die Stelle des Nachhabers, er wolle ihm aber zurufen: Nodi mihi, vias tibi.
 Abg. Tschöke (nat.) regt noch einmal die Nothwendigkeit der Beschleunigung des Neubaus des königlichen Friedrichs Gymnasiums in Breslau an.
 Geh. Rath v. Hatzfeldt erwidert, daß die Verzögerung des Baues dadurch herbeigeführt worden sei, daß man sich über den Bauplatz nicht habe einigen können. Gegenwärtig sei die Sache im Fluß.
 Abg. v. Stabrowski (Pole) verwarf sich gegen den Vorwurf der Vaterlandsfeindschaft; die Polen hätten die preussische Verfassung beschworen.
 Abg. Knörke (Hr.) erklärt zunächst, daß seine Partei aus dem Gebiete der Schule nun und nimmermehr dem zustimmen werde, was der Abg. Dr. Windthorst neuerdings beantragt habe. Alsdann kommt Redner noch einmal auf den von ihm bei der zweiten Sitzung mitgetheilten Kösliner Fall bezüglich der Heranziehung von Lehrern zur Aufstellung der Wählerlisten zurück. Kultusminister v. Götter: Außer den Mittheilungen des Vorredners ist mir von der Sache bisher nichts bekannt geworden.
 Abg. v. Zebliß (Leutkirch (freikons.)) Ich muß noch einmal auf die Forderungen des Abg. Dr. Windthorst zurückkommen. Es sind dies keine neuen Forderungen, aber es ist notwendig, daß unsere Stellung denselben gegenüber klar gestellt und nachgewiesen wird, daß nicht nur die Regierung, sondern die große Majorität des Volkes gegen diese Forderungen ist. Was den Schulantrag des Abg. Windthorst anbetrifft, so sind alle Parteien dieses Hauses einstimmig der Meinung, daß derselbe keinen Erfolg haben kann und daß diesen Bestrebungen mit aller Energie entgegen getreten werden muß. Es muß hier konstatiert werden, daß solche Anträge keinen anderen Zweck haben, als nur friedensstörend zu wirken. (Widerspruch im Centrum.) In eine Revision des Gesetzes betreffend die Vermögensverwaltung der Kirche einzutreten, sind wir bereit, weil es sich dabei zugleich um das Vermögen der evangelischen Kirche handelt. In Bezug auf die Orden ist die Fragestellung so weit gegangen, als sie gehen konnte; das fortwährende Einbringen ungegründeter Forderungen wirkt ein seltsames Licht auf die Friedensliebe dieser Herren. Die Forderung der katholischen Abtheilung des Ministeriums gehört hierzu, es liegt fest, daß gerade diese Abtheilung eine der Ursachen des Kulturkampfes gewesen ist. (Lebhafter Widerspruch im Centrum.) Unsere Schule ist christlich und die katholische Kirche so frei, wie es zulässig ist.
 Auf eine Anregung des Abg. Dr. Kroschke (kons.) legt Minister v. Götter näher dar, welche Schritte in Bezug auf die Errichtung eines neuen Akademiegebäudes geschehen sind. Se. Majestät habe gegenwärtig auf die Vertheilung der Kabinetsräume und der Ställe in der Charlottenstraße zu militärischen Zwecken verzichtet, um diese Grundstücke der Unterrichtsverwaltung zur Verfügung zu stellen. Dem Nothstande der Bibliothek sei für einige Jahre abgeholfen durch den Ankauf des niederländischen Palais.
 Abg. Dr. Sattler erwidert dem Abg. v. Stabrowski gegenüber, daß die Ableistung des Verfassungseides noch nicht die Folge der Verfassung ist, daß alle Polen treue und loyale Unterthanen seien; dem Abg. v. Götter gegenüber hält er seine Behauptung, daß die katholische Geistlichkeit die Polonisierung der Deutschen fortwährend anstrebe, aufrecht.
 Abg. Dr. Windthorst (Hr.) bezeichnet die Bestrebungen der Polen zur Erhaltung der polnischen Sprache für vollkommen berechtigt, alle Bestrebungen dagegen als unnatürlich und den abgeschlossenen Verträgen widersprechend. Die Vermuthung, daß mit dem Kulturkampf die Errichtung einer sog. Nationalkirche angestrebt werden sollte, scheint doch so ganz unbegründet nicht zu sein. Dem Abg. von Zebliß erwidere er, daß das Centrum seine Anträge ganz unverzagt alljährlich erneuern werde, denn er sei der Ansicht, daß namentlich in der gegenwärtigen Zeit man alle Ursache habe, Frieden zu machen. Wenn dies aber geschehen solle, so müsse alles dasjenige beseitigt werden, was die Mitglieder von einander trenne. Dazu gehöre Gleichberechtigung der Konfessionen und die Wiederherstellung der Zustände von vor 1870, unter denen Preußen groß geworden sei. Die Katholiken verlangen nur nach ihren eigenen Anschauungen leben zu können und nicht von dem Gutbefinden der evangelischen Majorität in der Gesetzgebung abzuhängen. Seinen Schulantrag werde er bei dieser Beratung näher begründen, er wolle nur seine Ueberzeugung aussprechen, daß das, was er in dem Antrag gefordert habe, doch bewilligt werden werde. Redner wiederholt sodann, daß etwa 26,000 evangelische Kinder in katholischen, dagegen 56,000 katholische Kinder in evangelischen Schulen unterrichtet würden, während nach Maßgabe der Vertheilung dieses Verhältnisses ein ganz anderes sein müßte. Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Kultusminister, den er im nächsten Jahre noch wieder zu sehen hoffe, dann etwas entgegenkommender sein würde. (Heiterkeit und Beifall im Centrum.)
 Abg. Bürgermeier (nat.) weist nochmals die von dem Abg. v. Götter erhobenen Beschuldigungen als unbegründet und übertrieben zurück.
 Abg. Richter (Hr.) berichtet bei der Lage der Verhandlungen auf die Vorbringung weiterer Beschwerden, glaubt indessen, daß es sich empfehle, in Zukunft eine andere Art der Behandlung der dritten Beratung des Staats einzutreten zu lassen und nicht, wie gegenwärtig geschieht, wiederum sämtliche Titel auf einmal zur Verhandlung zu stellen.
 Die General-Diskussion wird nunmehr geschlossen.
 Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.
 Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung (Kultusetat). Zweite Beratung der Eisenbahnvorlagen.

Deutschland.

Berlin, 19. April. Se. Majestät der

Kaiser und Königin gewährte heute Vormittag 8^{1/2} Uhr gelegentlich einer Ausfahrt dem Porträtmaler Max Koser in dessen Atelier in der Silberstraße Nr. 1 eine längere Sitzung. Nach der Rückkehr zum königl. Schlosse arbeitete Se. Majestät von 10 Uhr ab mit dem Chef des Generalstabes der Armee, General der Kavallerie Grafen v. Waldersee, und demnachst nach 11 Uhr mit dem Chef des Militär-Kabinetts, General-Lieutenant und General-Adjutanten v. Hahnle. Mittags von 1^{1/2} Uhr ab hielt Se. Majestät der Kaiser und Königin im königl. Schlosse ein Kabinetts-Rath ab. Für Nachmittags 1^{1/2} Uhr hatten die kaiserlichen Majestäten den Bischof Engelstaden aus Münster, sowie den Vize-Admiral Deinhardt mit Einladungen zur Frühstückstafel beehrt. — Um 5 Uhr heute Nachmittag findet in der Silbergalerie des königlichen Schlosses bei den kaiserlichen Majestäten ein Vortrags-Diner statt. Die Tafelmusik wird von der Kapelle des Garde-Kürassiers Regiments ausgeführt. — In dieser Kasse sind, wie verlautet, mehr als 40 Einladungen ergangen.
 — Wie schon gemeldet, wird Se. Majestät der Kaiser und Königin morgen Abend 11 Uhr auf der Fahrt nach hier nach Bremen abreisen und später von Bremen nach Bremerhaven und Wilhelmshafen weiterreisen. Von Wilhelmshafen reist Se. Majestät am 23. d. M. Vormittags nach einem Jagd-Ausfluge über Ostvriesland nach dem Esch. Vom Esch wird der Kaiser sodann voranschicklich nach dem Esch nach Eisenach begeben. — Definitive Bestimmungen sind hierüber aber noch nicht getroffen worden.
 — Ihre Majestät die Kaiserin-Königin begab sich gestern Vormittag 8 Uhr 25 Minuten zum Besuch bei Ihrer königl. Hoheit der Frau Prinzessin Friedrich Leopold nach Potsdam und verweilte dort den Tag hindurch, worauf um 10 Uhr 30 Minuten Abends die Rückkehr nach Berlin erfolgte. — Am heutigen Vormittage theilte die Kaiserin-Königin zunächst einige Audienzen.
 — Nach dem „Reichs- und Staats-Anzeiger“ hat der Kronrath heute über die Schulfrage, sowie die Frage der Errichtung eines Denkmals für Kaiser Friedrich I. und eines solchen für Kaiser Friedrich II. beraten.
 — In Freiburg im Breisgau wurde am Mittwoch gegen den stud. jur. Karl Berling aus Ostvriesland, der den Mediziner Eduard Salomon hehrte beleidigte und ihn im Pöbelnadeln am 6. Februar so schwer verwundet hatte, daß der Gefangene wenige Tage darauf starb, vor den Geschworenen verhandelt. Auf der Anklagebank saßen des Weiteren die Kartellträger, sowie die sieben Ehrenrathsmittelglieder, die der außerordentlich schweren Forderung gutgeheißen hatte. Die Kartellträger wurden freigesprochen, während der Spruch der Geschworenen den Berling des schweren Zweifels, die Mitglieder des Ehrenraths der Beihilfe schuldig erkannte. Letztere wurde zu je sechs Monaten, der Hauptthäter zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt.
 — Die „Vossische Zeitung“ bringt folgenden Mittheilung:
 „Eine eigene Drahtmeldung aus Petersburg benachrichtigt uns, daß der deutsche Marine-Attache Baron v. Plessen dem Vernehmen nach plötzlich nach Kopenhagen verlegt worden sei und schon in den nächsten Tagen abreise.“
 Kapitän-Lieutenant Baron v. Plessen ist seit Einrichtung des Postens Marine-Attache für die nordischen Reiche, d. h. für Rußland, Schweden, Norwegen und Dänemark. Von einer Beförderung desselben nach Kopenhagen kann daher nicht die Rede sein. Wenn derselbe jetzt eine Reise dahin macht, so liegt die nächste Erklärung hierfür darin, daß er kraft seines Amtes in Kopenhagen ebenso wie in Petersburg verweilen kann. Man dürfte nicht erwarten sein, wenn er seine Reise auch nach Stockholm ausdehnte.
 — Dem Vernehmen nach ist der Gesandte von Petersburg über die Verbesserung der Beamtenbesoldungen in Preußen in der heutigen Sitzung des Staatsministeriums festgestellt und die Einholung der Allerhöchsten Befehlsung zur Vorlegung des Gesandten beschlossen worden.
 — Die Uneinigkeit unter den rheinisch-westfälischen Bergarbeitern, die hauptsächlich zum Mithingen des letzten Ausstandes beigetragen hat, wird in der nächsten Zeit zum vollständigen Bruch führen. Die Bestrebungen der antisozialistischen, dem Centrum Heeresfolge leistenden Elemente der Grubenarbeiter gehen seit längerer Zeit dahin, den Verband rheinisch-westfälischer Grubenarbeiter zu sprengen, der im vorigen Jahre gegründet worden war und das gesamte rheinisch-westfälische Kohlengebiet umfaßt. Nunmehr ist ein Aufruf zur Gründung eines neuen Verbandes erschienen, der bezeichnender Weise zuerst in der „Germania“ veröffentlicht wird, und mit folgenden Worten schließt:
 „Die Sozialdemokratie hat bis auf den heutigen Tag noch nie etwas Gutes für den Arbeiterstand geschaffen, wohl hat sie Familien unglücklich gemacht und wird es auch fernherhin thun. Deshalb, Ihr braven und besonnenen Kameraden, geht mit aller Kraft vor, schärfet Euch in allen Bahnhöfen zusammen und haltet fest an Vaterlands- und Religion, und Ihr werdet für Euer treues Aushalten belohnt werden. Die Anhänger der Sozialdemokratie werden aber für ihr buntes Treiben ihre Abfertigung finden. Das vorbereitende Komitee. Hohmann-Steele. Untitt-Bruch. Fischer-Essen. Kleinbeck-Enden.“
 — Veranlaßt durch eine irrige Notiz, spinnt sich in den Blättern die Nachricht fort, daß neuerdings dem Bundesrathe ein Gesandtenauftrag über die Errichtung von Gewerbegerichten und Einigungsämtern zugegangen sei. Ein förmliches Blatt trägt sogar seinen Lesern den Inhalt dieser Vorlage in einem recht mangelhaften Auszuge als Neuigkeit auf und heizt große Blätter drucken denselben nach. Der Entwurf wurde bekanntlich bereits vor mehreren Monaten von dem Bundesrathe ausgearbeitet und hatte ursprünglich nur die Gewerbegerichte in seinen Bereich gezogen. Später fand auf Antrag Preussens eine Erweiterung dahin statt, daß auch die Errichtung von Einigungsämtern in denselben

vorgezogen wurde. In dieser Fassung wurde dann der Gesandtenauftrag vor etwa zwei Monaten vom Bundesrathe angenommen, worauf eine Publikation desselben nebst den Motiven durch den Geheimrath des Reichs erfolgte.
 Halle, 19. April. In den Rathwerken von Aschersleben ist heute alles angefahren. Man hofft, die Differenzen auszugleichen.
 Köln, 19. April. Nach der „Kölnischen Zeitung“ sind in Preußen bezüglich des Schutzes der Arbeiter, welche am 1. Mai nicht feiern wollen, seitens der Regierung Anweisungen getroffen worden.
 Mainz, 19. April. Die hiesigen Fachvereine beschließen, den 1. Mai nicht zu feiern.
 Wöran, 19. April. Hier ist ein Weberstreik ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen Erhöhung des Lohns um 20 Prozent.
 München, 19. April. Der japanische Legationsrat Siebold, geborener Bayer, beabsichtigt nunmehr seine Erforschungs-Thätigkeit. Er überreicht nach Schloß München bei Ansbach, welches er besetzt gelassen hat.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. April. Im Oesterreichischen Reich sind in Folge des kolossalen Militäraufgebotes weitere Ruhestörungen nicht vorgekommen. Die Unruheherde haben sich in die Wälder zurückgezogen. Morgen findet eine Beratung sämtlicher Gewerkschaften statt; die Schulen sind alle geschlossen. Die Feuerwehre hält sich in allen Ortschaften bereit; bis jetzt wird noch in keinem Schutze und in keinem größeren Establishement gearbeitet. Die Situation bleibt ernst.
 Pest, 19. April. Der übliche Unzug am 1. Mai ist vom Stadthauptmann verboten worden, weil 50,000 Arbeiter am dem Tage theilnehmen wollten.

Frankreich.

Paris, 19. April. Das gestern verammelte Komitee für die Veranstaltung der Mai-feier beschloß, in hunderttausend Exemplaren ein Manifest folgenden Inhalts zu verbreiten: Jede Arbeit hat am 1. Mai zu ruhen, alle Kassen, Lagerplätze, Werste und Fabriken müssen bedingungslos an diesem Tage feiern. Man wird Ruhestörungen in ruhiger Weise veranlassen und Petitionen über die der Kammer vorzulegenden Petitionen fassen.

Belgien.

Brüssel, 18. April. Die Bürgermeister und Schöffen Brüssels fahren morgen dem hier eintreffenden Stanley bis zur französischen Grenze entgegen.

Italien.

Rom, 18. April. Da ein Theil der italienischen Presse sich keine Gelegenheit entgehen läßt, um der Regierung etwas am Fange zu fassen und ganz besonders alles aufzugreifen, was geeignet ist, das afrikanische Unternehmen in ein ungünstiges Licht zu setzen, so hält es schwer zu sagen, was an den Meldungen wahr ist, daß die Haltung des Königs Menelik der italienischen Regierung eine arge Enttäuschung bereite. Es wird nämlich verbreitet, daß derselbe sich nicht krönen lassen wolle, um das italienische Protektorat nicht anerkennen zu müssen. Wie uns indessen einer unserer Korrespondenten aus Rom schreibt, sieht man dort auch in sonst unterrichteten Kreisen, was das Vorgehen des Königs Menelik betrifft, nicht klar. Doch wird übereinstimmend die noch nicht genügend aufgehellte Thatsache bestätigt, daß König Menelik auf seinem Marsche nach der Hauptstadt von Tigre Thät gemacht und nachdem er schon die Hälfte des Weges zurückgelegt hatte, wieder zurückgekehrt ist, was freilich durch die Hungersnoth in Tigre erklärt wird. Auch will man die Umlauf Meneliks durch frühere Abmachungen erklären, welche er mit dem Sohne des verstorbenen Negus Johannes, Mangascha, bezüglich der Ueberlassung von Tigre getroffen habe. Man will, um alle diese Verhältnisse beurtheilen zu können, nähere Nachrichten abwarten müssen.
 Nach Berichten, die uns aus Rom zukommen, soll die in den Verhandlungen des Generals Timonin mit dem Vatikan vereinbarte Erhöhung des Bisthums von Malta zu einem Erzbisthum binnen kurzem vollzogen werden. Das Erzbisthum von Malta soll den Charakter eines Metropolitanbisthums für alle englischen Besitzungen in Afrika erhalten. (Nat.-Ztg.)

Niederlande.

Amsterdam, 18. April. Das offiziöse Organ der Regierung in Pretoria äußert sein Erstaunen über die von dem „Reuterischen Bureau“ dem Minister von Transvaal, Dutoit, der gegenwärtig nach Europa reist, unterstellte Aeußerung, daß er hoffe, in zwei Jahren komme die südafrikanische Republik unter einen englischen Präsidenten und alle Staaten Südafrikas eingingen sich unter englischen Protektorat. Das offiziöse Blatt gesteht zwar, daß Dutoit schon öfters seinen Landeskenten Gelegenheit, sich zu verwundern, gegeben hätte, will aber trotzdem diese oder eine ähnliche Aeußerung nicht glauben. Es fordert eine Untersuchung, um die Unschuld Dutoits und die Unwahrheit der Reuterischen Nachricht festzustellen. Ergäbe sich aber, daß die Nachricht wahr sei, so müßte der Minister vor Gericht gestellt und als Hochverräter behandelt werden.
 Rotterdam, 18. April. Der Dampfer „Northcote“ stieß bei Oude mit einem belgischen Segelschiff zusammen; acht Personen ertranken.
 Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. April. Die Erinnerung der

Annahme von Insistenten Schulstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hassenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Berth. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. J. L. Ecker & Co., Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nodthaus, A. Steiner, Wilhelm Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Losse zur 2. Klasse der 182. königlich preussischen Klassen-Lotterie muß spätestens bis 2. Mai cr., Abends 6 Uhr, erfolgen. Die Ziehung beginnt am 4. Mai.

In der Woche vom 6. bis 12. April kamen im Regierungs-Bezirk Stettin 102 Erkrankungen und 20 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor. Am stärksten zeigte sich wiederum Diphtherie, woran 69 Erkrankungen und 15 Todesfälle zu verzeichnen sind, davon 20 Erkrankungen (6 Todesfälle) in Stettin, 15 Erkrankungen (6 Todesfälle) im Kreise Randow und 15 Erkrankungen (5 Todesfälle) im Kreise Uckermark. Sodann folgt Scharlach mit 24 Erkrankungen (5 Todesfälle), davon 5 Erkrankungen im Kreise Randow und 4 Erkrankungen in Stettin. An Malaria und Röttheln erkrankten 7 Personen und an Darm-Typhus erkrankten 2 Personen.
 — In der Woche vom 13. bis 19. April wurden in der hiesigen Volksküche 2271 Portionen verabreicht.
 — Morgen, Montag, wird im Veltedue-Theater zu halben Preisen das Moserische Lustspiel „Der Hypochondr“ gegeben. Wir machen nochmals auf die von dem Lustspiel-Ensemble des Stadttheaters veranstalteten Vorstellungen aufmerksam und wünschen dem Personal recht zahlreichen Besuch.
 — Bezirks-Verein „Der dem Berliner Thor“ Am Mittwoch, den 23. April, wird der Inhaber des wirklich echten Edison-Phonographen seinen Apparat in dem Verein vorführen und erläutern. Er ist somit den Mitgliedern des Vereins und deren Angehörigen in der letzten Winter-Sitzung des Vereins die Gelegenheit geboten, eine Einführung der neueren Zeit kennen zu lernen, die hier in Stettin in letzter Zeit großes Interesse erregt hat und vielleicht dazu bestimmt ist, eine große Bedeutung für die Zukunft zu gewinnen.
 — In der am 18. April abgehaltenen Haupt-Verammlung des am 3. Mai vorigen Jahres begründeten Buchheide-Vereins wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt und um 2 Beisitzer vermehrt. Die Zahl der Mitglieder beträgt heute 491, von denen die meisten Stettiner sind. Er verfolgt den Zweck, das Interesse für den schönen Wald der Buchheide, den Erholungsort der umwohnenden Bevölkerung, besonders der Stettiner, zu wecken und zu pflegen und durch Verbesserung, Anbringung von Orientierungen, Erschließung von Aussichtspunkten u. den Zugang zu dem Walde, sowie den Aufenthalt und das Wandern in demselben zu erleichtern und angenehmer zu gestalten. Da nun in dem vorliegenden Jahre in dieser Hinsicht schon manches Gute geschaffen ist, so kann man wohl annehmen, daß die gemeinnützigen Zwecke des Vereins auch weiterhin bei allen Fremden des Waldes und der Natur Unterstützung finden werden.
 — Dem Real-Gymnasial-Direktor a. D. Sievert hieselbst ist der Rath Ablerorden vierter Klasse verliehen.
 — Zum königlichen Regierungs-Bauinspektor ist der Regierungs-Bauführer Karl Franke aus Greifenhagen i. P. ernannt.
 — (Personal-Veränderungen im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Stettin für den Monat März 1890.) Der Amtsrichter Vierhöhn in Wolgast ist zum Amtsrichter bei dem königlichen Landgericht zu Stolp ernannt. — Der Gerichts-Assessor Braun ist in den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Köln versetzt. — Der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Schweiger zu Kammin ist gestorben. — Der Staatsanwalt Dr. jur. Eckert zu Stettin ist mit Vizelegat eintraten in den Ruhestand versetzt. — Der Kaufmann und kaiserlich russische Vize-Konful Derold zu Straßburg ist zum stellvertretenden Handelsrichter daselbst ernannt. — Der Rechtsanwalt Haase zu Gollnow ist zur Rechtsanwaltschaft bei dem königlichen Amtsgericht zu Pritz zuzulassen. — Die Entlassung aus dem Justizdienste ist ertheilt den Gerichts-Assessoren: von Kienitz behufs Uebernahme in die Staatsanwaltschaft-Verwaltung, Götter behufs Uebernahme in die kirchliche Verwaltung; der Referendaren: Gaul zum Zwecke des Uebertritts zur Militär-Verwaltung und Heinrich von Puttkamer behufs Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung. — Der Referendar Prochnow ist zum Gerichts-Assessor ernannt. — Der Referendar Hermann Müller ist in den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Frankfurt am Main übernommen. — Der Referendar Pietrusky ist entlassen. — Zu Referendaren sind ernannt: die Rechtskandidaten Danneberg, Langemann und Veit. — Der Gerichtsschreiber Sekretär Bernhardt zu Polzin und der Kreisgerichts-Bureau-Assistent J. D. Scheel zu Straßburg sind gestorben. — Verlegt sind: der Gerichtsschreiber Sekretär Gehm in Bitow an das Amtsgericht zu Belgard an der Persante und Veit in Politz an das Amtsgericht zu Stolp, der Gerichtsvollzieher Albrecht in Falkenburg an das Amtsgericht zu Treptow a. N. — Ernannt sind: zu Gerichtsschreibern: die etatsmäßigen Gerichtsschreiber-Gehilfen in Stettin bei dem Amtsgericht in Bitow und Münzel in Stettin bei dem Amtsgericht in Politz, zu etatsmäßigen Gerichtsschreiber-Gehilfen: die diätarischen Gerichtsschreiber-Gehilfen Rod und Kumm bei dem Amtsgericht zu Stettin, zum diätarischen Gerichtsschreiber-Gehilfen der Aktuarius Gehmacher bei dem Amtsgericht in Stettin, der Gerichtsvollzieher fr. Auftr. Holz zu Barwade zum Gerichtsvollzieher daselbst, und der Bürgermeister Wabehn zu Greifenhagen zum Amtsanwalt bei dem Amtsgericht daselbst. — Die Gefangen-Aufsicher Grothe in Greifenhagen, Schüler in Rostin und der Gerichtsdiener Kauer in Rügenburg sind gestorben. — Der Hilfsgerichtsdiener Pösch ist zum Gerichtsdiener in Polzin ernannt.
 — (Personal-Chronik.) Der Ratfaster-Sekretär Niederleitner von der königlichen Regierung zu Stettin ist vom 1. Juni d. J. ab an die königliche Regierung zu Ansbach versetzt worden. — Im Kreise Pritz ist für den Standesamtsbezirk Rollin der Rentier Bock zu Rollin zum Standesbeamten ernannt. — Der bisher auf Probe angestellte Hafenpolizei-Sekretär Paul Franke zu Swinemünde ist zum königlichen Schiffahrts- und Hafenpolizei-Sekretär ernannt worden. — Der außerordentliche Professor Dr. Zachariae von der Universität Greifswald ist vom 1. Mai d. J. ab in gleicher Eigenschaft in die philosophische Fakultät der Universität Halle-Wittenberg versetzt worden.
 — In der nächsten Zeit werden allgemein die Maß- und Gewichtsrevisionen ab-

